

# Ausbeutung im Kaffeehandel – Wandel in Sicht?



*istockphoto.com || 1269236227 | © Juan Alberto Casado || istockphoto.com || 530595827 | © Lyudmila\_K*

**Kaffee aus überwiegend ausbeuterischen Handelsbeziehungen ist auch 2023 noch bittere Realität. Löhne und Einkommen, die zum Leben nicht reichen. Kinderarbeit und teils sklaverähnliche Arbeitsbedingungen sind im konventionellen Kaffeeanbau verbreitet. Was muss sich ändern, damit der Kaffeegenuss der Deutschen endlich nicht mehr auf Ausbeutung der Menschen basiert, die die Bohnen für uns anbauen?**

Man sollte meinen, dass jeder, der bei Starbucks & Co. viel Geld für eine Tasse Kaffee ausgibt, sich auch fair gehandelten Kaffee leisten könnte. Doch die große Mehrheit der Deutschen sucht beim Kaffeekauf im Supermarkt das günstigste Angebot und lässt den fair gehandelten Kaffee im Regal liegen. Das Motto ist hier leider immer noch Geiz ist geil – sparen auf Kosten der Menschenrechte. Mit Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf die Missstände in der Kaffeebranche aufmerksam zu machen, ist ein Weg, um daran etwas zu ändern. Doch höchstwahrscheinlich wird auch in Zukunft nur eine Minderheit sich für den mehrere Euro teureren, fair gehandelten Kaffee entscheiden.

Fair gehandelten Kaffee zu kaufen und ihn verstärkt zu bewerben ist gut. Das reicht aber nicht aus. Denn auch der Faire Handel kann nicht alle Probleme lösen, die es bezüglich Menschenrechten und Einkommen gibt. Denn auch hier gibt es Schwachpunkte, die mit dem starken Wettbewerbs- und Preisdruck in der Lieferkette zu tun haben.

Gesetzliche Regulierungen sind nötig, damit es nicht mehr die Wahl gibt zwischen fair und unfair – es sollte kein Kaffee mehr verkauft werden dürfen, der auf Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung beruht.

## Was bringt das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz?

Gut, dass im Januar 2023 das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz ist ein erster, wichtiger Schritt, um Unternehmen dazu zu verpflichten, mehr Verantwortung für den Schutz von Menschenrechten in ihren globalen Lieferketten zu übernehmen. Entsprechende Sorgfaltspflichten müssen aktuell Unternehmen mit mehr als 3000 Mitarbeitenden erfüllen. Ab 2024 betrifft es alle Unternehmen mit mindestens 1000 Mitarbeitenden.

Das Gesetz verpflichtet Unternehmen u. a. dazu, menschenrechtliche Risikoanalysen für ihre Lieferketten durchzuführen. Gibt es die Freiheit, Gewerkschaften zu bilden? Werden angemessene Löhne bezahlt? Und welche Risiken bestehen für Kinderarbeit? Das sind zum Beispiel Fragen, die in den Risikoanalysen untersucht werden müssen. Aus der Analyse müssen

dann Maßnahmen abgeleitet werden, um den Risiken entgegenzuwirken und Abhilfe zu schaffen für die festgestellten Verletzungen von Menschenrechten. Der Deutsche Kaffeeverband hat 2022 Risikoanalysen für die 18 wichtigsten Kaffeeproduktionsländer erstellen lassen, aber die Ergebnisse bislang nur seinen Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Sind die Ergebnisse zu brisant, um sie mit der interessierten Öffentlichkeit zu teilen? Die angefragten Unternehmen der Kaffeebranche äußern sich ebenfalls nur sehr zurückhaltend und vage zu den Risikoanalysen und zur Frage, welche Konsequenzen aus den Analyseergebnissen gezogen werden müssen.

Nur einzelne Ergebnisse hat der Kaffeeverband öffentlich vorgestellt – bereits sie zeigen, wie problematisch die Situation ist. So wird das Risiko für Kinderarbeit in 13 der 18 untersuchten Kaffeeproduktionsländer als signifikant oder hoch eingeschätzt. Auch für die schlimmsten Formen der Kinderarbeit gibt es laut der Studie in 13 Ländern ein signifikantes Risiko, in Nicaragua sogar ein hohes. Zu den schlimmsten Formen der Kinderarbeit gehören laut einer Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Arbeiten, die erzwungen werden oder die Sicherheit und Gesundheit von Kindern gefährden.

In 10 der untersuchten Länder – z. B. auch im größten Kaffeeproduktionsland Brasilien – gibt es ein signifikantes Risiko für Zwangsarbeit und moderne Sklaverei; und in Kenia, Uganda, Nicaragua, El Salvador und Vietnam besteht dafür ein hohes Risiko. 11 Monate nach Inkrafttreten des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bleibt unklar, wie deutsche Unternehmen diese Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten in den Griff kriegen möchten.

Ein Ansatz, der auch durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verlangt wird, ist die Etablierung von Beschwerdemechanismen, die für Angestellte auf den Kaffeeplantagen zugänglich sein müssen. Dem sind die großen Akteure im Kaffeehandel bereits nachgekommen. Es gibt sogar ein gemeinsames Beschwerdeverfahren, das u. a. durch den Deutschen Kaffeeverband, Melitta und Tchibo eingerichtet wurde und in sechs Sprachen zur Verfügung steht. Unklar ist bisher jedoch, wie bekannt diese Beschwerdeverfahren in den einzelnen Anbauregionen tatsächlich sind. Es gibt Hinweise darauf, dass sie bisher kaum genutzt werden.

Das könnte auch daran liegen, dass vielen Angestellten auf den Plantagen wahrscheinlich nicht bewusst ist, für welche Unternehmen sie den Kaffee überhaupt produzieren. Denn selbst die großen Kaffeehändler

in Deutschland geben an, den Ursprung ihres Kaffees nicht vollständig bis zu den einzelnen Farmen zurückverfolgen zu können. Doch solange nicht klar ist, wo für wen Kaffee produziert wird, bleibt der Nutzen von Beschwerdemechanismen sehr beschränkt. Das bedeutet: Die Transparenz in KaffeeLieferketten muss erhöht werden.

## Die kleinen Unternehmen machen's vor

Kleinere Unternehmen wie zum Beispiel Quijote Kaffee in Hamburg zeigen, dass Transparenz möglich ist. Quijote Kaffee macht öffentlich, woher genau sie ihren Kaffee beziehen und welche Preise sie zahlen. Sogar die Kaufverträge lassen sich auf ihrer Website einsehen. Doch natürlich haben die meisten Unternehmen kein großes Interesse daran, solche Informationen zu veröffentlichen, weil viele im Gegensatz zu Quijote Kaffee nicht stolz sein können auf die Preise, die sie zahlen, und auf ihre Einkaufspraktiken. Sie stehen in der Kritik, ihre Marktmacht auszunutzen, indem sie die Lieferanten unter starken Preisdruck setzen. Es wird dort gekauft, wo es am billigsten ist – so setzen die großen Konzerne einen Unterbietungswettbewerb in Gang, statt den Produzent\*innen langfristige Handelsbeziehungen und eine Vorfinanzierung der Ernte anzubieten, wie es zum Beispiel Quijote Kaffee tut (siehe Interview auf Seite 4).

## Angemessene Preise sind die Ausnahme

Die in der Regel viel zu niedrigen Preise für den Rohkaffee haben gravierende Folgen: Die Einkommen und Löhne auf den Kaffeeplantagen sind zu niedrig, um eine Existenzsicherung zu ermöglichen. Viele Menschen in den Kaffeeanbaugebieten leben in extremer Armut – es fehlt an Geld für Nahrung, Bildung, Gesundheitsversorgung und andere Grundbedürfnisse. Und das ist wiederum eine wesentliche Ursache für die verbreitete Kinderarbeit. Viele sind gezwungen, ihre Kinder auf den Kaffeeplantagen mithelfen zu lassen, um so für das Überleben der Familie zu sorgen.

Wenn man deutsche Unternehmen befragt, was sie für Menschenrechte und existenzsichernde Einkommen und Löhne in ihren Lieferketten tun, hört man viel über schöne Vorzeigeprojekte, über Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung und Diversifizierung. Und über die erhöhten Anforderungen, die sie an ihre Lieferanten stellen. Doch es gibt keine Antworten auf die Frage, ob sie selbst Verantwortung übernehmen, indem sie höhere Preise für die Kaffeebohnen zahlen und dadurch die Grundlage schaffen für existenzsichernde Löhne und Einkommen, für die Bekämpfung der Ursachen von Kinderarbeit und von anderen Menschenrechtsverletzungen.

Dabei stellt das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz genau diese Anforderung an Unternehmen: Es verpflichtet sie zu überprüfen, ob ihre Einkaufspraktiken Risiken für Menschenrechte bergen. Wenn das der Fall ist, müssen sie geeignete Einkaufspraktiken und Beschaffungsstrategien implementieren, um die festgestellten Risiken zu verhindern. Diese Überprüfung sollte auch beinhalten, ob die Preise, die Unternehmen im Kaffeekauf zahlen, ausreichend sind oder ob sie Menschenrechtsverletzungen begünstigen. Derzeit untersuchen verschiedene Akteure, wie hoch die Kaffeepreise sein müssten, um existenzsichernde Einkommen und Löhne zu gewährleisten. Die von Fairtrade International für einige Kaffeeproduktionsländer ermittelten Referenzpreise belegen, dass die real gezahlten Kaffeepreise viel zu niedrig sind – sie müssten teilweise mindestens doppelt so hoch sein, um den Menschen, die im Kaffeeanbau arbeiten, die Sicherung ihrer Existenz zu ermöglichen.

## Bitte nachbessern!

Gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne und Einkommen sind eine wesentliche Grundlage für den Schutz von Menschenrechten. Das hat nun mal seinen Preis. Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz war ein wichtiger Schritt. Doch es gibt einige Schwachstellen im Gesetz, so dass vieles von der Auslegung durch die zuständige Kontrollbehörde abhängt. Welche Fortschritte das Gesetz für Menschenrechte in der Kaffeebranche tatsächlich bringt, wird sich also erst in den nächsten Jahren zeigen. Um wirklich faire KaffeeLieferketten zu etablieren, sind auf jeden Fall weitere gesetzliche Regulierungen notwendig.



**Hier weiter informieren und aktiv werden:**

[www.fairerkaffee.jetzt](http://www.fairerkaffee.jetzt)

# Wie die Politik für faire Kaffeepreise sorgen kann

Unternehmen verzeichnen mit dem Kaffeehandel steigende Umsätze und Gewinne, während die Menschen, die den Kaffee anbauen, oft unter dem Existenzminimum leben. Die Politik muss auf verschiedenen Ebenen handeln, um faire Preise in Kaffeelieferketten zu etablieren.

Freiwillig werden die meisten Unternehmen in der Kaffeebranche keine höheren Preise für den Kaffee zahlen, um zu existenzsichernden Einkommen und Löhnen in ihren Lieferketten beizutragen. Das machen Stellungnahmen des Deutschen Kaffeeverbandes und verschiedener großer Unternehmen im Kaffeehandel deutlich. Zu groß ist der Wettbewerbsdruck, zu groß ist die Sorge, dass bei einer Preiserhöhung durch ein einzelnes Unternehmen dessen Absatz einbricht. Der Deutsche Kaffeeverband kommentiert, es sei zwar

frage frei bilden, wird durch die Realität widerlegt. Die Preise, die sich durch den freien Markt etabliert haben, führen zu Arbeitsrechts- und Menschenrechtsverletzungen – unter anderem, weil die Löhne und Einkommen nicht zum Leben reichen.

## Chancen auf EU-Ebene nutzen

Aktuell laufen zwei wichtige Prozesse, die die Chance bieten, für faire Preise in Lieferketten zu sorgen. Zum einen läuft gerade auf europäischer Ebene ein Abstim-

gesetzgebungen. Reinhild Benning, Agrarexpertin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), hat die Erfahrungen analysiert: „Die spanische Regierung hat über 60 Leute eingestellt, die Verträge auf Lücken zu Lasten der Lieferanten und Bauernhöfe prüfen und die Ergebnisse veröffentlichen. Die Milchzeugerpreise entwickeln sich besser als in Deutschland.“

Nun fordert die *Initiative Faire Preise in der Lieferkette*, den guten Beispielen aus Spanien und anderen Ländern zu folgen, um die Marktmacht der großen Konzerne zu begrenzen und sie gesetzlich zur Zahlung kostendeckender Preise zu verpflichten. Dabei betonen sie, dass auch Lieferanten außerhalb der EU von der Gesetzgebung profitieren müssen.

## Ist ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten politisch durchsetzbar?

Ob die Forderungen der *Initiative Faire Preise in der Lieferkette* politisch durchsetzbar sind, wird sich noch im Dezember zeigen, wenn das Thema im Bundestag debattiert wird.

Anne Monika Spallek, Bundestagsabgeordnete der Grünen, befürwortet gesetzliche Reformen zugunsten fairer Preise für Bäuerinnen und Bauern. „Wir brauchen faire Erzeugerpreise für die hier erzeugten landwirtschaftlichen Produkte genauso wie für Kaffee, Bananen und Co. Auch im Agrarorganisations- und Lieferkettengesetz brauchen wir Verbesserungen, denn obwohl die Lebensmittelpreise in letzter Zeit enorm gestiegen sind, kommt das bei vielen Erzeuger\*innen von Lebensmitteln immer noch nicht an“, so Spallek. „Ich werde mich für eine Preisbeobachtungsstelle einsetzen. Diese sollte die Erzeuger- und Marktpreise, Produktionskosten und Margen entlang der gesamten Wertschöpfungskette untersuchen und daraus einen Rahmen für Orientierungspreise vorgeben“, erläutert Spallek. Das Landwirtschaftsministerium, das für die Evaluierung des AgrarOLkG federführend zuständig ist, hat sich jedoch bereits gegen ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten und gegen die Schaffung einer Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle ausgesprochen. Es bleibt spannend, denn offenbar vertritt das Entwicklungsministerium (BMZ) eine andere Position (siehe Interview auf Seite 4).

## Befreiung von der Kaffeesteuer als finanzieller Anreiz für faire Preise

Falls es keine politische Mehrheit für ein gesetzliches Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten gibt, bleibt noch eine andere Option, wie faire Preise in Kaffeelieferketten politisch vorangebracht werden könnten: Die Abschaffung der Kaffeesteuer für Unternehmen, die nachweisen können, dass sie in ihren Lieferketten für existenzsichernde Einkommen und Löhne sorgen – auch durch die Preise, die sie für den Rohkaffee zahlen. Voraussetzung für die Abschaffung der Kaffeesteuer müsste sein, dass Unternehmen ihre Lieferketten bzw. die gezahlten Preise sowie Löhne in ihren Lieferketten transparent machen. Eine

schaffende Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle müsste einen Preisrahmen für die Rohkaffeepreise setzen. Unternehmen könnten dann auf Antrag von der Kaffeesteuer befreit werden, wenn in ihren Lieferketten dieser Preisrahmen nachweislich eingehalten wird und existenzsichernde Löhne sichergestellt werden. Auf diese Weise könnte die Abschaffung der Kaffeesteuer einen finanziellen Anreiz setzen, damit Unternehmen aus eigenem Interesse für faire Preise in ihren Lieferketten sorgen. Und es könnte dazu beitragen, dass Unternehmen nicht länger im Wettbewerbsnachteil sind, wenn sie in ihren Lieferketten auf existenzsichernde Einkommen und Löhne Wert legen.



Nur 6 % des Kaffees in Deutschland kommen aus dem Fairen Handel.

istockphoto.com || 1073185000 | © Paperkites

Angesichts der extremen Armut der Kaffeeproduzent\*innen sollte sich die Befreiung von der Kaffeesteuer auf ein prioritäres Ziel konzentrieren: Die Menschen, die die Hauptarbeit dafür leisten, dass wir Kaffee trinken können, müssen von ihren Einkommen und Löhnen gut leben können. Dieses Ziel sollte für die gesamte Kaffeebranche gelten. Und die Politik kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Der Bundesregierung sollte es wert sein, dafür auf die Einnahmen aus der Kaffeesteuer zu verzichten. Es ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit und der Überwindung kolonialer Handelsstrukturen, dass die Kaffeebauer\*innen mehr an einem Pfund Kaffee verdienen als der deutsche Staat daran über Steuern einnimmt. Und um die wegbrechenden Steuereinnahmen zu kompensieren, könnte dort angesetzt werden, wo es am wenigsten weh tut – zum Beispiel, indem die Vermögenssteuer wiedereingeführt und die Erbschaftsteuer für die Superreichen erhöht wird.

Julia Sievers, Agrar Koordination/  
Forum für Internationale Agrarpolitik e.V.



istockphoto.com || 887216480 | © Rawpixel

notwendig, dass Kaffeebauern höhere Preise bekommen. Doch es sei schwierig, „dem Konsumenten die Notwendigkeit eines Preisaufschlags zu vermitteln, selbst wenn der Preisaufschlag mit ernsthaftem, nachhaltigem Engagement oder besserer Bezahlung der Bauern begründet ist“, so Christa Mattern, Leiterin für Kommunikation beim Deutschen Kaffeeverband.

Auch der Faire Handel ist von diesem Preisdruck betroffen. Das Dilemma: Es hat sich herausgestellt, dass selbst der Fairtrade-Mindestpreis für Kaffee nicht ausreichte, um existenzsichernde Einkommen sicherzustellen. Diese Erkenntnis und die stark gestiegenen Preise z. B. für Düngemittel und Logistik haben dazu geführt, dass Fairtrade im August 2023 den Mindestpreis für Kaffee erhöht hat – mit der Folge, dass die Nachfrage – Insider-Aussagen zufolge – zurückgegangen ist. Und da generell das Angebot von Fairtrade-zertifiziertem Kaffee wesentlich höher ist als die Nachfrage, geraten viele Produzent\*innen unter Druck, ihren Kaffee unter Wert zu verkaufen (siehe dazu das Interview auf Seite 4).

Es ist offensichtlich, dass weitere gesetzliche Regulierungen nötig sind, um höhere Preise in Kaffeelieferketten (ebenso wie in anderen Lieferketten) zu etablieren. Denn die Annahme, dass der Markt funktioniert, in dem die Preise sich allein durch Angebot und Nach-

mungsprozess zu einer Lieferkettenrichtlinie, die durch konkretere Vorgaben die Lücken des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes schließen könnte. Im besten Falle stellt die EU-Lieferkettenrichtlinie klar, was das deutsche Gesetz nicht eindeutig geregelt hat: Unter anderem, dass es nicht reicht, gesetzliche Mindestlöhne zu zahlen, wenn diese nicht existenzsichernd sind. Und dass Unternehmen im Rahmen der Überprüfung ihrer Einkaufspraktiken dafür sorgen müssen, dass die Preise, die sie den Produzent\*innen zahlen, ausreichend sind, um alle Produktionskosten zu decken und existenzsichernde Einkommen und Löhne zu erzielen.

Eine weitere Chance, für fairere Handelsbeziehungen zu sorgen, bietet die aktuelle Evaluierung des Agrarorganisations- und Lieferketten-Gesetzes (AgrarOLkG). Das Gesetz trat im Juni 2021 in Kraft mit dem Ziel, unlautere Handelspraktiken in Agrarlieferketten zu unterbinden. Zum Anlass der Evaluierung fordert die *Initiative Faire Preise in der Lieferkette*, ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten in das Gesetz aufzunehmen und eine unabhängige Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle zu schaffen. Die Initiative, die von Organisationen und Verbänden aus den Bereichen Umweltschutz, Entwicklungspolitik und Landwirtschaft ins Leben gerufen wurde, verweist auf positive Erfahrungen in Spanien mit derartigen

## Umstrittene Kaffeesteuer in Deutschland

Der deutsche Staat nimmt jährlich rund 1 Milliarde Euro über die Kaffeesteuer ein.

Aktuell verdient der deutsche Staat mehr an einem Pfund Kaffee als die Menschen, die einen Hauptteil der Arbeit dafür leisten, dass wir Kaffee trinken können – die Menschen, die den Kaffee anbauen und ernten.

Der deutsche Staat erhebt auf Kaffee eine spezielle Kaffeesteuer, die aktuell 2,19 Euro pro Kilo Röstkaffee und 4,78 Euro pro Kilo löslichem Kaffee beträgt. Hinzu kommen 7 % oder 19 % Umsatzsteuer, je nachdem, in welcher Form der Kaffee verkauft wird. Der Weltmarktpreis für Rohkaffee beträgt aktuell ca. 3,17 Euro pro Kilo. Von diesem Preis bekommen Transporteure und Zwischenhändler in den Anbauländern einen Teil. Von dem, was für die Kaffeebauerinnen und -bauern übrig bleibt, müssen sie ihre Produktionskosten und Löhne bestreiten. Die Erhebung der Kaffeesteuer

reicht zurück in koloniale Zeiten, sie wurde im 18. Jahrhundert zur Finanzierung des Staatshaushalts eingeführt. Nur in fünf weiteren Ländern in Europa wird aktuell noch eine Kaffeesteuer erhoben. Seit 2011 gab es in Deutschland verschiedene Initiativen mit dem Ziel, die Kaffeesteuer ganz oder teilweise abzuschaffen – bisher sind sie gescheitert. Zuletzt wurde auf politischer Ebene der Vorschlag diskutiert, ob die Kaffeesteuer auf fair gehandelten Kaffee abgeschafft wird, um dessen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konventionellem Kaffee zu stärken. Einzelne Akteure forderten dies nicht nur für fair gehandelten Kaffee, sondern auch für nachhaltig produzierten Kaffee. Bei der Debatte gab es also unterschiedliche Positionen, welche Kriterien als Voraussetzung für eine Befreiung von der Kaffeesteuer etabliert werden sollten.

istockphoto.com || 530595827 | © Lyudmila\_K

## Wenn Mindestlöhne nicht zum Leben reichen

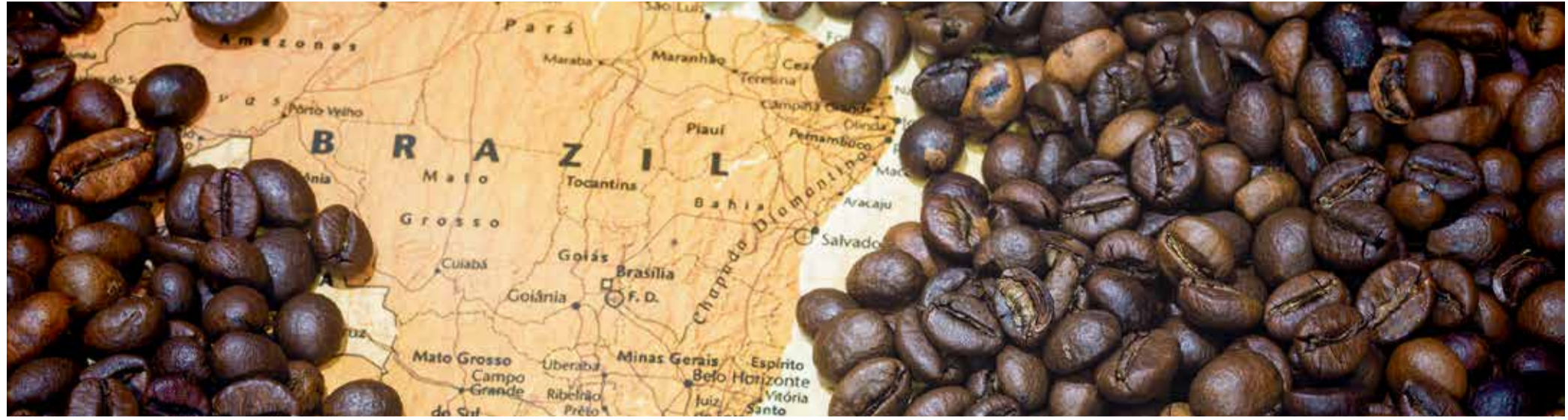
Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verpflichtet Unternehmen, für angemessene Löhne in ihren Lieferketten Sorge zu tragen.

Kaffeehändler, wie zum Beispiel die Neumann Kaffee Gruppe mit Sitz in Hamburg, einer der größten Rohkaffeehändler der Welt, berufen sich darauf, dass auf ihren Plantagen mindestens die Mindestlöhne gezahlt werden. Doch die gesetzlichen Mindestlöhne reichen in vielen Ländern nicht aus, um die wesentlichen Grundbedürfnisse decken zu können. Die Diskrepanz zwischen Mindestlöhnen und einem existenzsichernden Lohn ist teilweise groß – wie zum Beispiel in Mexiko. Hier liegt der gesetzliche Mindestlohn bei 207,44 Mexikanischen Pesos (MXN) pro Tag, also – ausgehend von 21 monatlichen Arbeitstagen – ca. 4400 MXN pro Monat. Die Neumann Kaffee Gruppe gibt an, dass sie in Mexiko mehr als diesen Mindestlohn zahlt. Wie viel mehr, dazu gibt sie keine Auskunft. Die Global Living Wage Coalition hat berechnet, dass die

Löhne je nach Region in Mexiko mehr als doppelt bzw. in manchen Regionen viermal so hoch wie der Mindestlohn sein müssten, um existenzsichernd zu sein – konkret 11.927 bis 17.460 MXN pro Monat.

Noch ist offen, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz von der zuständigen Kontrollbehörde, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), bezüglich der Vorgabe, angemessene Löhne zu zahlen, ausgelegt wird. Das Gesetz benennt zwar explizit die Zahlung von Mindestlöhnen. Doch im Sinne internationaler Menschenrechtsabkommen sind Mindestlöhne nur dann angemessen, wenn die wesentlichen Grundbedürfnisse davon bezahlt werden können – das sind unter anderem Nahrung, Wohnung und Gesundheitsversorgung.

# Kaffee aus Brasilien – Ausbeutung und Sklaverei inklusiv



istockphoto.com || 498122498 | © MattiaATH

**100 % Arabica Bohnen für höchsten Genuss. So oder ähnlich lauten viele der Werbeversprechen bekannter Kaffeemarken. Berichte aus Brasilien zeigen, dass der Kaffee in unseren Tassen aber leider nicht zu 100 % unter akzeptablen Bedingungen angebaut wird. Menschenrechte werden massiv verletzt.**

Kaffee aus Brasilien reist um die ganze Welt. Das Land hat sich zum weltgrößten Exporteur von Kaffee entwickelt. 80 % des brasilianischen Kaffees wird exportiert und Deutschland ist nach den USA das zweitwichtigste Zielland. Neben den großen Kaffeepflanzungen gibt es eine Vielzahl kleiner Kaffeeproduzent\*innen, die oftmals in Kooperativen organisiert sind und ihren Kaffee auf dem Weltmarkt verkaufen. Hunderttausende Kleinbäuer\*innen beziehen ihr Einkommen aus dem Kaffeeanbau, doch ihre Lage ist prekär. Während weltweit große Kaffeeunternehmen Milliardenumsätze mit dem Handel von verarbeitetem Kaffee machen, leben viele dieser Familien in Armut. Eine aktuelle Studie der Global Coffee Platform zeigt, dass vor allem Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sich keine existenzsichernden Einkommen erwirtschaften können.

## Moderne Sklaverei – so sieht sie aus

Und es kommt noch schlimmer. Jedes Jahr zur Erntezeit zwischen Mai und August arbeiten Kaffeepflücker\*innen als Saisonarbeiter\*innen, fast die Hälfte ohne offiziellen Arbeitsvertrag. Das heißt, sie verfügen über keinerlei Arbeitsrechte, wie Kündigungsschutz oder Sozialversicherung, und arbeiten oftmals unter menschenunwürdigen Verhältnissen, die auch als „moderne Sklaverei“ bezeichnet werden. Überlange Arbeitstage, extrem schlechte Wohnbedingungen, keine Arbeitsschutzkleidung und Umgang mit zum Teil hochgefährlichen Pestiziden – dies ist traurige Realität von Arbeiter\*innen auf den Kaffeepflanzungen in Brasilien. Im südlichen Minas Gerais, der wichtigsten Kaffeepflanzregion Brasiliens, kommt es regelmäßig zu Verstößen gegen Arbeits- und Menschenrechte. Laut Jorge Ferreira dos Santos, Präsident der Organisation ADERE, die sich für die Rechte von Landarbeiter\*innen in Brasilien engagiert, gibt es aktuellen Untersuchungen zufolge auf bis zu 10 % der Kaffeepflanzungen moderne Sklavenarbeit. Diese

Zahl wäre noch viel höher, wenn mehr Inspektionen stattfinden würden. Die offizielle Statistik zeigt bereits einen negativen Trend. Im brasilianischen Kaffeeanbau werden mittlerweile die meisten Fälle von moderner Sklaverei in der Landwirtschaft registriert. Auch eine vom Deutschen Kaffeeverband beauftragte Risikoanalyse bestätigt, dass ein signifikantes Risiko für Zwangsarbeit und moderne Sklaverei in Brasilien besteht. ADERE macht immer wieder öffentlich, unter welchen prekären Bedingungen die Erntehelfer\*innen auf den Kaffeepflanzungen schuften. Die meisten Saisonarbeiter\*innen werden viele hundert Kilometer von ihrem eigenen Wohnort entfernt eingesetzt. Sie werden unter extrem schlechten Bedingungen untergebracht – mit vielen Personen in einem Raum, ohne Matratzen, zum Teil ohne Warmwasser und ohne Toiletten. Die Arbeitstage sind mit teilweise 12 Stunden sehr lang und die Bezahlung erfolgt nach dem, wie viel sie ernten. Das Geld wird nicht am Ende des

## Moderne Sklaverei:

Der Begriff der modernen Sklaverei umfasst heute eine Vielzahl an Ausbeutungsverhältnissen. Nach brasilianischem Gesetz umfasst „sklavenähnliche Arbeit“ unter anderem überlange Arbeitstage, erniedrigende Arbeitsbedingungen, Zwangsarbeit und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, zum Beispiel durch Schuldknechtschaft.

Monats ausgezahlt, sondern erst am Ende der Erntesaison. Allerdings wird so viel vom Lohn abgezogen (für Essen, Unterkunft etc.), dass die Erntehelfer\*innen am Ende oft gar nichts bekommen oder sogar verschuldet sind. Ohne Geld können sie sich kein Ticket für die Rückreise an ihren Heimatort kaufen. „Allein von 2020 bis 2022 wurden mehr als 600 Arbeiter\*innen aus diesen sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen befreit. Die Fälle betreffen sogar preisgekrönte Kaffeefarmen“, erzählt Fernanda Pinheiro von der brasilianischen Menschenrechtsorganisation Conectas Direitos Humanos.

## Menschenrechtsverletzungen erreichen deutsche Kaffeetassen

Seit 2003 gibt es in Brasilien eine Verbotsliste, auf der Arbeitgeber\*innen gelistet werden, denen schwere Arbeitsrechtsverletzungen gemäß der Definition für

moderne Sklaverei nachgewiesen wurden – die sogenannte „Lista Suja“ („schmutzige Liste“). Eine Studie von Oxfam aus dem Jahr 2021 zeigt, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass dieser „beschmutzte“ Kaffee auch in den Regalen bekannter deutscher Supermarktketten steht. So wurden bei Aldi Nord, Aldi Süd, EDEKA, Lidl und Rewe Geschäftsverbindungen zu Kooperativen aufgedeckt, die von Farmen Kaffee bezogen haben, deren Eigentümer\*innen auf der „Lista Suja“ stehen. Die Stellungnahmen der Unternehmen vielen unterschiedlich aus. Rewe, Aldi Süd und Lidl wiesen den Vorwurf mit dem Hinweis zurück, der Eigenmarkenkaffee aus Brasilien sei Rainforest Alliance zertifiziert. Aufgrund der Anforderungen der Zertifizierung würden sie alle Kaffeefarmen kennen und schlössen somit den Einkauf auf den genannten Farmen aus. Laut Aldi Nord wurden (Vor-)Lieferanten geprüft und es habe keine Hinweise gegeben, dass Rohkaffee von Far-

weitergegeben werden, doch das Unternehmen bestätigt, dass es keine Garantie dafür hat, dass die genannten Vorschriften auch eingehalten werden.



Weniger als 2 %  
vom Kaffeepreis im  
Supermarkt kommt bei  
einer brasilianischen  
Erntehelferin an.

istockphoto.com || 1073185000 | © Paperkites

Hier fehlen Kontrollinstanzen und es wird deutlich, dass es nicht ausreicht, nur direkte Lieferanten auf den Schutz von Menschenrechten zu prüfen, wie es derzeit das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verlangt. Jorge Ferreira dos Santos von ADERE kritisiert deutsche Unternehmen scharf: „Die Unternehmen wissen, dass Menschenrechte verletzt werden. Sie nehmen es in Kauf, da sie am Kaffee verdienen wollen.“

Mireille Remesch, Agrar Koordination/  
Forum für Internationale Agrarpolitik e.V.

# In Äthiopien ist Kaffee kein Kolonialprodukt

**Der Kaffeeanbau hat seine Ursprünge in Äthiopien. Hier wird seit mehr als 1000 Jahren Kaffee getrunken. Sowohl in Privathaushalten als auch in einer Vielzahl von Restaurants und Cafés wird zu jeder Tageszeit Kaffee geröstet, zubereitet und getrunken. Mindestens die Hälfte des angebauten Kaffees wird innerhalb des Landes konsumiert.**

Ökonomisch gesehen sind in Äthiopien Millionen Menschen und damit auch die Regierung über die Exporteinnahmen in hohem Maße vom Kaffee abhängig. Vermutlich erzielen mindestens 2 Millionen Familien einen bedeutenden Anteil ihrer Einkommen durch den Verkauf von Kaffee, noch einmal mindestens dieselbe Zahl baut Kaffee für den Eigenbedarf und den Kleinhandel an.

## Wer zahlt den höchsten Preis für Rohkaffee?

Auf dem lokalen Markt darf gemäß staatlicher Regulierung ausschließlich Kaffee mit niedrigen Qualitätsstufen verkauft werden. Die hohen Qualitäten sind für den Export vorgesehen. Äthiopien ist eines der

ärmsten Länder der Welt und braucht diese Einnahmen. Allerdings möchten auch viele Äthiopier\*innen guten Kaffee trinken. Daher wird hochwertiger Kaffee illegal auf dem lokalen Markt verkauft, indem lokale Händler die Exporteure überbieten. So kommt es, dass Äthiopier\*innen einen höheren Preis für diesen Rohkaffee zahlen als deutsche Unternehmen.

Eine kleine Tasse Kaffee kostet in ländlichen Regionen Äthiopiens umgerechnet nur rund zehn Cent, während in Deutschland pro Tasse drei oder vier Euro gezahlt werden. Das verdeutlicht, wie gering der Wertschöpfungsanteil ist, den Kaffeebäuerinnen und -bauern für ihren Rohkaffee erhalten.

Profitieren tun vor allem die Händler, die Röstereien, der Einzelhandel und – mittels Kaffeesteuer – der deutsche Staat.

## Große Herausforderungen

Die Aufteilung der Wertschöpfung in der Kaffeelieferkette ist ein Zeichen dafür, wie problematisch der



istockphoto.com || 1334164352 | © Yaroslav Astakhov

globale Kaffeemarkt strukturiert ist. Zwar exportiert Äthiopien hervorragenden Kaffee, doch die Bäuerinnen und Bauern leben nach wie vor in Armut.

Diverse kleine Firmen in Äthiopien rösten und verpacken Kaffee für den Exportmarkt. Doch auf dem von großen, multinationalen Unternehmen beherrschten

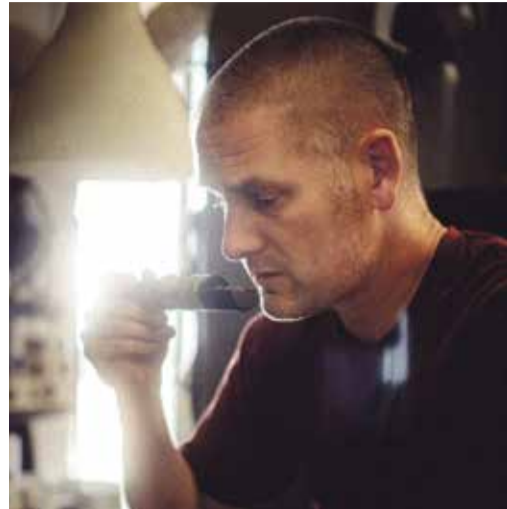
Markt ist es schwer, diesen eigentlich sinnvollen Ansatz auszubauen und mehr Wertschöpfung aus der Produktionskette nach Äthiopien zu holen.

Friedel Hütz-Adams, Südwind Institut

# „Unsere Branche ist völlig vor die Hunde gekommen“

Eine Direktimportrösterei in Hamburg macht beim Thema Transparenz und Gerechtigkeit im Kaffeehandel vieles anders und zeigt, guter, fairer und bezahlbarer Kaffee ist möglich.

**Andreas „Pingo“ Felsen, von der Rösterei „Quijote Kaffee“ in Hamburg**



© Quijote Kaffee GmbH

Pingo, was macht ihr bei Quijote Kaffee anders als im herkömmlichen Kaffeehandel?

**Pingo:**

Bei Quijote Kaffee haben wir, wie im Fairen Handel, direkte Handelsbeziehungen mit Genossenschaften und das in insgesamt sechs Kaffeeanbauländern. Dabei haben wir ein umfassendes Verständnis von solidarischer Ökonomie. Beim Einkauf zahlen wir für den Kaffee von den Genossenschaften, mit denen wir eine sehr langfristige angelegte Beziehung pflegen, einen Mindestpreis von 3,55 US\$ pro britischem Pfund [das entspricht 453,59 Gramm. Anm. d. Red.]. Zum Vergleich: Fairtrade-Bio zahlt 2,40 US\$. Wir selbst sind als Kollektiv organisiert. Alle 15 Menschen bei Quijote sind also weder Chef\*innen noch Angestellte. An unsere Kund\*innen verkaufen wir den Kaffee nicht für den Preis, den wir erzielen könnten, sondern für möglichst wenig, damit wir einen sozialen Ausschluss unserer Kund\*innen so weit wie möglich verhindern. Insgesamt zeigt sich der Erfolg: Die Produzent\*innen erhalten höhere Preise, die Kollektivmitarbeiter\*innen verdienen mehr als in der Branche üblich und Verbraucher\*innen zahlen weniger für einen Kaffee mit hoher Qualität.

Leider ist der faire und solidarische Kaffeehandel in Deutschland eine kleine Nische – vermutlich auch, weil viele beim Einkauf stark auf den Preis achten. Wie lässt

sich erreichen, dass mehr Menschen fair oder solidarisch gehandelten Kaffee kaufen?

**Pingo:**

Es muss ein Angebot geschaffen werden und dieses muss ordentlich kommuniziert und verfügbar gemacht werden. Die Verbraucher\*innen müssen dem Produkt vertrauen können. Im Supermarkt gibt es für mich ein Glaubwürdigkeitsproblem, das ist bei Quijote anders. Sobald es beispielsweise unseren Kaffee gibt, ist er auch immer ausverkauft. Konkret: Wir stellen jeden Montag um 7 Uhr die Wochenproduktion in unseren Webshop, das sind 3.400 kg Kaffee. Dieser ist noch am selben Tag ausverkauft. Das geht nun seit 13 Jahren so, egal wie schnell wir gewachsen sind. Die Nachfrage für unseren Kaffee übersteigt das Angebot bei Weitem. Es müssten nur mehr Röstereien Kaffee ähnlich produzieren wie wir.

Die Vorfinanzierung ist als wichtiges Handelsprinzip in eurer Arbeit verankert. Was sind die Beweggründe und was ändert sich durch dieses Konzept an den Arbeitsbedingungen der Kaffeebäuer\*innen?

**Pingo:**

In den Anbauländern ist es für die Genossenschaften und auch für die Bäuer\*innen sehr schwierig und teuer [Jahreszinsen bis zu 30 %. Anm. d. Red.] bis unmöglich, einen Kredit zu bekommen. Für uns als Kollektiv nicht. Daher finanzieren wir bereits 5 bis 7 Monate vor der Lieferung 60 % der Vertragssumme zinslos vor. Damit kann dann vor Ort gewirtschaftet werden.

„Im Supermarkt gibt es für mich ein Glaubwürdigkeitsproblem, das ist bei Quijote anders.“

Die Genossenschaften können die Produzent\*innen direkt für den Kaffee bezahlen. Dies ist sehr wichtig, denn normalerweise wird im Kaffeehandel viel später gezahlt und dadurch sind Produzent\*innen oftmals gezwungen, ihre Kaffeeernte vorab zu einem schlechten Preis zu verkaufen, um überhaupt ein Einkommen zu haben.

Quijote Kaffee ist Vorreiter im Bereich Transparenz. Große

Kaffeeunternehmen argumentieren, dass eine vollständige Transparenz und Rückverfolgbarkeit in ihren Lieferketten nicht möglich ist. Was ist eure Einstellung dazu? Ist mehr Transparenz in der gesamten Kaffeebranche nötig und möglich?

**Pingo:**

Es ist überhaupt kein Problem, völlig transparent zu sein. Man muss es nur wollen. Wir legen wirklich alle Zahlen offen. Eine extrem ausführliche Kalkulation all unserer Produkte und außerdem jeden Kaufvertrag für jeden Kaffee. Viele große Kaffeeunternehmen und Importeure betrügen bei ihrer Beschaffung, wo sie nur können, und setzen die Produzent\*innen des Kaffees in vielerlei Hinsicht auf moralisch und rechtlich fragwürdige Weise unter Druck. Zum Beispiel mit den immer weiter und schlimmer um sich greifenden „Combo“-Verträgen.

„Es ist überhaupt kein Problem, völlig transparent zu sein. Man muss es nur wollen. Wir legen wirklich alle Zahlen offen.“

Und das geht so: Ein Unternehmen kauft 5 Container zertifizierten Kaffee zum höheren Fairtrade-Preis, verknüpft mit der Bedingung für die Produzent\*innen, weiteren Kaffee mit Rabatt zu verkaufen. Diese Koppelverträge zwingen Genossenschaften dazu, Kaffee unter Wert abzugeben. Das ist Betrug. Möglich ist das Ganze, weil es mehr zertifizierbaren Kaffee als Nachfrage gibt. Es ist völlig naheliegend, dass die großen Unternehmen nicht wollen, dass so etwas an die Öffentlichkeit gerät. Unsere Branche ist völlig vor die Hunde gekommen.

Wie könnten diese unfairen Handelspraktiken unterbunden werden?

**Pingo:**

Die Produktionskosten lagen in zehn der vergangenen elf Jahre über den Weltmarktpreisen. Hier braucht es gesetzliche Regelungen, die solches Handeln bestrafen. Der Faire Handel alleine hat nicht die Macht, diese Praxis zu ändern. 2023 gab es mehr Combos denn je zuvor, da der Fairtrade-Preis im August 2023 angehoben wurde.

Es gibt jetzt sogar die Praxis, dass Verträge zurückdatiert werden, also auf vor August 2023, damit die Preiserhöhung umgangen wird.

Was haltet ihr zum Beispiel von der Forderung nach einem Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten?



© Quijote Kaffee GmbH

**Pingo:**

Ich halte hier tatsächlich eine gesetzliche Regelung für die einzige Möglichkeit, überhaupt etwas zu verbessern. Betrug der großen Konzerne wird es weiterhin geben. Aber mit einem Gesetz könnte das immerhin bei Vergehen auch entsprechend bestraft werden.

Das Interview führte Mireille Remesch, Agrar Koordination/Forum für Internationale Agrarpolitik e. V.

**Webshop:**

Online-Marktplatz für ehrlichen Kaffee: [www.überlegen.online](http://www.überlegen.online)

AGRAR  
KOORDINATION

Über die Agrar Koordination und Fairer Kaffee Jetzt:

Die Agrar Koordination/Forum für Internationale Agrarpolitik e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit über 40 Jahren für ein global faires Ernährungssystem einsetzt. Mit dem Projekt „Fairer Kaffee Jetzt“ setzen wir uns für Menschenrechte und existenzsichernde Einkommen in Kaffeelieferketten ein.

**FIA e. V. bei der GLS Bank:**

IBAN: DE29 4306 0967 20295 63500  
BIC: GENODEM1GLS

**Impressum**

**Agrar Koordination**

Forum für internationale Agrarpolitik e. V.  
Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Tel. 040 - 39 25 26

[fairerkaffee.jetzt@agrarkoordination.de](mailto:fairerkaffee.jetzt@agrarkoordination.de)  
[www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de)

**Redaktion:** Julia Sievers,

Mireille Remesch (V.i.S.d.P.), Angelika Pohl

**Layout:** Nina Weinrebe, Katika Design

**Infografik:** Nina Weinrebe

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das Forum für Internationale Agrarpolitik e. V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



**Brot für die Welt** mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes



# „Wir als BMZ setzen uns für existenzsichernde Einkommen und Löhne ein“

**Katharina Koufen, Pressesprecherin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**



© privat

Frau Koufen, die Kaffeebäuerinnen und -bauern leben immer noch in extremer Armut. Was muss sich ändern, damit deutsche Kaffeeunternehmen Preise für den Rohkaffee zahlen, die den Kaffeeproduzent\*innen existenzsichernde Einkommen und Löhne ermöglichen? Sind die aktuellen Vorschläge für eine europäische Lieferkettenrichtlinie ausreichend, um zukünftig für faire Einkaufspraktiken und existenzsichernde Einkommen zu sorgen?

**Katharina Koufen:**

Die europäische Richtlinie schafft eine wichtige Voraussetzung, damit Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht entlang der Lieferkette nachkommen. Derzeit verhandeln Kommission, Rat und Parlament ja noch in Brüssel über den endgültigen Text. In der aktuellen Form würde der Vorschlag des europäischen Parlaments die Unternehmen zur Zahlung von existenzsichernden Einkommen und Löhnen verpflichten. Allerdings ist die Position des Rats hier weniger ambi-

tioniert und es ist derzeit offen, wie die Verhandlungen ausgehen. Wir als BMZ setzen uns für existenzsichernde Einkommen und Löhne ein.

Wie ist die Position des BMZ zur Forderung, den Einkauf unterhalb der Produktionskosten gesetzlich zu verbieten und eine Ombudsstelle für die Preisbeobachtung zu schaffen?

**Katharina Koufen:**

Bereits seit 2021 ist das Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetz in Kraft. Es verbietet Dumping in Deutschland und entlang der Lieferkette, wenn entweder der Käufer oder der Lieferant seinen Sitz in der EU hat. In manchen Ländern gibt es auch bereits Preisbeobachtungsstellen, die zu Richtwerten für kostendeckende bzw. existenzsichernde Mindestpreise beitragen, etwa in Spanien. Dort zeigt sich allerdings auch, dass ein Verbot des Einkaufs unter Produktionskosten alleine nicht ausreicht, um für faire Erzeugerlöhne und -einkommen zu sorgen. Vielmehr braucht man eine Vielzahl von flankierenden Maßnahmen.

Was muss aus Ihrer Sicht passieren, damit unfaire Handelspraktiken im Kaffeehandel eingedämmt werden? Welche Änderungen im Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetzes sind aus Ihrer Sicht notwendig?

**Katharina Koufen:**

Unfaire Handelspraktiken und Dumpingpreise sind bereits über das oben genannte Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetz verboten. Deutschland geht bei dem Gesetz über die Anforderungen der ursprünglichen EU-Richtlinie

hinaus. Auch Kleinbauern und -bäuerinnen in globalen Lieferketten könnten eine Beschwerde einreichen, wenn der Einkäufer den Sitz in Deutschland oder der EU hat. Allerdings gibt es bisher keine Ombudsstelle in Deutschland, an die sie sich wenden können. Da das Gesetz dies aber vorsieht, setzt sich das BMZ dafür ein, eine internationale Ombudsstelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung einzurichten. Das ist die Behörde, die für das Gesetz zuständig ist. Österreich geht hier mit gutem Beispiel voran. Im österreichischen „Fairen Büro“ werden durchschnittlich vier Beschwerden wöchentlich eingereicht.

Könnte Fairness in Kaffeelieferketten gestärkt werden, indem fair handelnde Unternehmen von der Kaffeesteuer befreit werden?

**Katharina Koufen:**

Das BMZ setzt sich für eine Befreiung von der Kaffeesteuer für nachhaltig produzierten und fair gehandelten Kaffee ein. Dafür spricht, dass dies den sogenannten entwicklungspolitischen Lenkungszielen des Staates dienen würde. Fair gehandelter Kaffee würde billiger, der Verkauf würde steigen. Allerdings muss genau definiert werden, welche Standards in der Kaffeeproduktion für die Steuerbefreiung Voraussetzung sind und wie sie kontrolliert werden. Auch muss sichergestellt werden, dass die Steuerersparnis auch wirklich bei den Menschen in den Herkunftsländern landet.

**Das Interview in voller Länge:**

[www.fairerkaffee.jetzt](http://www.fairerkaffee.jetzt)

Das Interview führte Julia Sievers, Agrar Koordination/Forum für Internationale Agrarpolitik e. V.